

Bosnien und Herzegowina

Tobias Flessenkemper*

2018 verfestigt sich die Stagnation des europäischen Integrationsprozesses in Bosnien und Herzegowina (BuH). Die Erweiterungsstrategie der Europäischen Kommission hat diese nicht aufgehoben. Nach den allgemeinen Wahlen im Oktober 2018 konnte bis Juli 2019 keine neue Staatsregierung gebildet werden. In ihrer Stellungnahme zur 2016 beantragten EU-Mitgliedschaft sprach die Europäische Kommission am 29. Mai 2019 keine Empfehlung an den Rat für den EU-Kandidatenstatus aus.¹ Die Transformationskraft der Europäischen Union in BuH und ihre Konditionalitätspolitik greifen nicht. Hinzu kommt der polarisierende Einfluss Kroatiens auf die EU-Westbalkanpolitik. Der österreichische Diplomat Johannes Sattler löste zum 1. September 2019 den Schweden Lars-Gunnar Wigemark nach vier ergebnisarmen Jahren als EU-Delegationsleiter und Europäischer Sonderbeauftragter in Sarajevo ab. Die EU-Militäroperation Althea wurde vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen am 6. November 2018 bis Ende 2019 verlängert.² Die Europäische Union hatte das Mandat 2004 von der NATO übernommen.

Innenpolitik und allgemeine Wahlen vom Oktober 2018

Am 7. Oktober 2018 waren circa 3,3 Mio. Wahlberechtigte aufgerufen, ein neues Präsidium und Abgeordnetenhaus auf Staatsebene und die Parlamente der Föderation Republika Srpska (RS) sowie die Versammlungen der zehn Kantone der Föderation zu wählen. Die Wahlbeteiligung lag im Schnitt bei 53 Prozent und war etwas geringer als 2014. Die Wahlen bestätigten die Etablierung eines wettbewerbsorientierten Parteienpluralismus in der Föderation. Die Föderation ist ein einheitliches Wahlgebiet für die Wahl des bosniakischen und kroatischen Mitglieds des Präsidium. Der Mitte-Links Politiker Željko Komšić (Demokratische Front) setzte sich mit 52 Prozent als kroatisches Mitglied gegen Amtsinhaber Dragan Čović von der national-konservativen Hrvatska demokratska zajednica Bosne i Hercegovine (HDZ BiH) durch. Das Wahlverfahren wird von der HDZ BiH und der HDZ in Kroatien in Frage gestellt. Sie glauben, dass ein kroatisches Präsidiumsmitglied nur von kroatischen Bürgern gewählt werden sollte. Die HDZ-Parteien streben ein Wahlverfahren an, das auf Volksgruppenzugehörigkeit basiert. Eine solche Änderung widerspräche den Vorgaben des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR), der bereits 2009 eine Diskriminierung von Minderheiten durch die Verfassung feststellte. Jegliche Änderung dieser Verfassungsbestimmungen hat bislang keine Mehrheit, nicht zuletzt weil HDZ-Politiker einen weiteren von ihrer ethnischen Gruppe dominierten Wahlkreis schaffen wollen.³

* Der Beitrag gibt ausschließlich die persönliche Meinung des Autors wieder.

1 Vgl. Europäische Kommission: Commission Opinion on Bosnia and Herzegovina's application for membership of the European Union, 29.5.2019, SWD(2019) 222 final.

2 Vgl. Sicherheitsrat der Vereinten Nationen: Resolution S/RES/2443 (2018), 6. 11. 2018.

3 Vgl. Jens Woelk: Bosnien und Herzegowina zwischen Ethnokratie und Stabilitätsillusion, in: Institut für Föderalismus, 17.10.2018.

Das Amt des bosniakischen Präsidentsmitglied gewann Šefik Džaferović von der national-konservativen Partei der Demokratischen Aktion (SDA) mit 36 Prozent. Der Sozialdemokrat Denis Bećirović (SDP) gewann 33 Prozent und der Medienunternehmer Fahrudin Radončić (Union für eine bessere Zukunft BuHs) kam mit 13 Prozent auf Platz drei. In der RS kämpften Amtsinhaber Mladen Ivanić, unterstützt von einer Allianz aus acht Oppositionsparteien, und RS-Präsident Milorad Dodik (Allianz der Unabhängigen Sozialdemokraten, SNSD) um den Posten im Staatspräsidium. Ivanić unterlag mit 43 Prozent Dodik, der 54 Prozent der Stimmen erhielt. Im Repräsentantenhaus mit 42 Sitzen verloren die jahrzehntelang führenden nationalistischen Parteien SDA (9 Sitze), SNSD (6) und HDZ (5) ihre Mehrheit. Die nicht-nationalistischen Kräfte errangen mehr als ein Viertel der Sitze, während die übrigen Parteien nur mit einem oder zwei Abgeordneten vertreten sind. In der RS konnte sich Dodiks SNSD behaupten, während in der Föderation mit einem Drittel bosniakisch- und kroatisch-nationalistischer Kräfte und einem Drittel nicht-nationalistischer Parteien ein Patt entstanden ist. Im Kanton Sarajevo wurde Edin Forto von Naša Stranka (Unsere Partei) als Premierminister gewählt, damit übernahm erstmalig diese 2008 von Künstlern und Intellektuellen gegründete Partei das Amt. Das komplexe politische System kann Konflikte zwischen nationalistischen Kräften nicht ganz verhindern. Dabei leidet auch die internationale Vertretung des Landes: Bis Juli 2019 konnte keine neue Delegation für die Parlamentarische Versammlung des Europarats benannt werden. Außerdem wird die NATO-Integration von Dodik verhindert.

Regionale und europäische Politik

Die fehlgeleitete, von der Hohen Vertreterin der Union für die Außen- und Sicherheitspolitik Federica Mogherini unterstützte Debatte um Gebietstausch zwischen Kosovo und Serbien hat das Vertrauen in die Prinzipientreue der Europäischen Union untergraben, serbische Nationalisten gestärkt und den inneren Zusammenhalt BuHs geschwächt. Trotz seiner Wahl zum serbischen Mitglied des Staatspräsidiums hat Milorad Dodik, zuvor RS-Präsident, seine feindliche Haltung gegenüber dem Staat nicht geändert. Die HDZ-geführte Regierung in Kroatien hat im Hinblick auf die Grenz- und Migrationspolitik keine Solidarität mit BuH geübt. Die kroatische Präsidentin Kolinda Grabar-Kitarović und andere führende HDZ-Vertreter aus Kroatien heizen die Krise mit Parteinahme zugunsten ihrer Schwesterpartei HDZ BiH und deren unter Korruptionsverdacht stehenden Führung an. Dies hat die Perspektiven für den kroatischen EU-Ratsvorsitz im ersten Halbjahr 2020 eingetrübt. Der Beitrittsprozess ist also vielseitig blockiert. Außerdem bleibt eine Verbesserung des Rechtsstaats durch die Stärkung der Unabhängigkeit von Richtern und Staatsanwälten und eine Beschleunigung von Gerichtsverfahren aus. Im Frühjahr 2019 hat die Europäische Kommission Reinhard Priebe, einen ihrer ehemaligen Direktoren und Verfasser eines Sonderberichts, der als Triebfeder für Reformen in Nordmazedonien gilt, mit einer Rechtsstaatsanalyse beauftragt. Dies ist Teil der „flagship initiatives“ der Erweiterungsstrategie von 2018, mit denen Brüssel den Beitritt der Länder des westlichen Balkans unterstützen will. Ein erweiterungskeptischeres Europäisches Parlament und der weiter ungelöste EU-Austritt des Vereinigten Königreichs sind keine guten Bedingungen dafür, dass es der neuen Europäischen Kommission gelingen könnte, verspieltes Vertrauen und neuen Schwung in die Beziehungen zu BuH zu bringen.

Weiterführende Literatur

Jasmin Hasić/Dženeta Karabegović (Hrsg.): *Bosnia and Herzegovina's Foreign Policy Since Independence*, Cham 2019.